

Treffen zur Bekämpfung des Drogenschmuggels in Hamburg am 7. Mai 2024

Anfrage der Abgeordneten Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP

Wir fragen den Senat:

1. Nahmen auch Vertreter aus dem Land Bremen an dem Treffen zwischen Innenministerin Faeser und Vertretern von Politik, Polizei und Zoll aus mehreren europäischen Ländern zur Bekämpfung des Drogenschmuggels teil und wenn nein, warum nicht?
2. Ist Kokainschmuggel über die bremischen Überseehäfen laut Ansicht des Senats ein Problem und falls ja, welche Strategie verfolgt der Senat gegen Drogenschmuggel über die bremischen Überseehäfen?
3. Hält der Senat EU-weiten und übergreifenden Austausch für sinnvoll und wenn ja, strebt er an bei künftigen Treffen dieser Art dabei sein?

Zu Frage 1:

Am Treffen am 07.05.2024 in Hamburg waren die für Justiz und Sicherheit zuständigen Minister:innen der Koalition europäischer Staaten gegen schwere und Organisierte Kriminalität (Niederlande, Belgien, Frankreich, Spanien, Italien, Deutschland sowie erstmals Schweden) auf Einladung von Bundesinnenministerin Nancy Faeser vertreten. Außerdem waren EU-Innenkommissarin Ylva Johansson, Hamburgs Erster Bürgermeister, der Innensenator Hamburgs, der BKA-Präsident, der Leiter des Zollkriminalamtes sowie Vertreter:innen südamerikanischer Staaten anwesend. Hamburg war als Austragungsort involviert, eine Einladung an Vertreter:innen aus den Bundesländern ist nicht erfolgt, da es sich um eine Veranstaltung auf Bundesebene handelte.

Die Fragen zwei und drei werden zusammen beantwortet:

Es ist zu konstatieren, dass europaweit ein Anstieg des Drogenschmuggels, allen voran des Kokainhandels, über die Häfen zu verzeichnen ist. Der Senat hält einen EU-weiten und übergreifenden Austausch zur Bekämpfung des Drogenschmuggels insoweit für ausgesprochen sinnvoll.

In Anbetracht dessen wurde im März 2022 von Vertreter:innen der Häfen Antwerpen, Rotterdam, Zeebrügge, North Sea Ports, Dünkirchen, Hamburg und Bremen eine Erklärung unterzeichnet, wonach die Häfen bei der Bekämpfung des Drogenschmuggels verstärkt zusammenarbeiten und für gleiche Ausgangsbedingungen sorgen wollen.

Bereits im Jahr 2021 wurde vom Senator für Inneres und der damaligen Senatorin für Wissenschaft und Häfen eine verstärkte Zusammenarbeit der im Hafenbereich zuständigen Sicherheitsbehörden beschlossen und die ressortübergreifende Arbeitsgruppe Hafensicherheit gegründet.

Die Senatorin für Justiz und Verfassung hat zudem im August 2022 ein Hinweisgeberportal eingerichtet, welches Hafenmitarbeitenden ermöglicht, unter absolut geschützter Anonymität Hinweise zur Organisierten Kriminalität im Hafen zu geben.

Das Landeskriminalamt Bremen ist zudem neben dem Zollkriminalamt, dem Zollfahndungsamt Hamburg, dem Landeskriminalamt Hamburg und dem Landeskriminalamt Hannover, unter Leitung des Bundeskriminalamtes, Mitglied in dem ISF-geförderten Projekt „Infiltration der Nordseehäfen durch OK-Strukturen“ (INOK), welches die Eindämmung der Kokaineinfuhr über die europäischen Nordseehäfen zum Ziel hat.

Im Jahr 2023 erfolgte zwischen der Ortspolizeibehörde Bremerhaven und dem Zollkriminalamt zudem die Einrichtung einer Gemeinsamen Ermittlungsgruppe Rauschgift.

Bremen ist weiterhin an der Europäischen Hafenallianz beteiligt, die Teil des EU-Fahrplans zur Bekämpfung des Drogenhandels und der Organisierten Kriminalität ist und am 24. Januar 2024 in Antwerpen ins Leben gerufen worden ist.

Die ressortübergreifende Arbeitsgruppe Hafensicherheit verfolgt gemeinsam eine koordinierte Umsetzung von Zielen aus den vorgenannten Aufgabenfeldern. Seitens der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe Hafensicherheit besteht ein regelmäßiger Austausch mit verschiedenen Behörden, die im Zusammenhang mit der Hafensicherheit und der Betäubungsmittelkriminalität in den übrigen deutschen Nordseehäfen tätig sind. Eine Teilnahme Bremens an künftigen Treffen dieser Art erfolgt unter Berücksichtigung dieser Formate des Austauschs gegebenenfalls anlassbezogen.